

Dr. Günther Bachmann
Vorsitzender der Jury des Deutschen Nachhaltigkeitspreises

Hamburg, den 06.12.2012

Betreff: Antwort auf die Stellungnahme der Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis vom 29.11.2012

Sehr geehrter Dr. Günther Bachmann,

vielen Dank für Ihre ausführliche Stellungnahme vom 29.11.2012 auf unseren offenen Brief vom 22.11.2012. In Ihrer Stellungnahme führen Sie verschiedene Argumente auf, die zur Entscheidung der Jury geführt haben, Unilever für den Preis „Zukunftsstrategien“ zu nominieren und kommen schließlich zu dem Ergebnis, dass Sie „keine Veranlassung sehen, das Votum der Jury zurückzunehmen“. Diese Schlussfolgerung ist für uns nicht nachvollziehbar, und wir kritisieren, dass durch diese Entscheidung die Jury des Deutschen Nachhaltigkeitspreises zum „Greenwashing“ von Unilever und der Palmölindustrie beiträgt. Im Folgenden möchten wir auf einige von Ihnen angeführte Argumente eingehen:

1. Sie stellen in Ihrer Stellungnahme richtig fest, dass Sie „die bislang vorherrschende Art der Palmölproduktion für in hohem Maße unverantwortlich“ halten, weil Menschenrechte verletzt, Kleinbauern vertrieben, Ökosysteme und Habitate zerstört werden und der Einsatz von Pestiziden und Dünger „in vielen Fällen problematisch ist“.
2. Ein Argument für die Nominierung Unilevers sehen Sie im Bestreben des Unternehmens, bis 2020 nur noch „nachhaltiges Palmöl“ zu verwenden. Bis vor Kurzem wollte Unilever dieses Ziel noch bis 2015 erreichen. Das teilte Unilever selbst auf seiner Homepage mit. Das Ziel der „Zukunftsstrategie“ wurde dann 2012 ohne weitere Erklärung vom Konzern auf 2020 verschoben. In einer Erklärung an uns behauptete Unilever, dass es bereits ab 2012 nur noch durch „Greenpalm-Zertifikate“ abgedecktes Palmöl verwende. Alle diese Angaben werden von Unilever nicht nachvollziehbar und transparent kommuniziert. Die Verbraucher verwirrt Unilever durch unkonkrete Inhaltsangaben auf seinen Produkten. Palmöl ist als Zutat nicht klar gekennzeichnet. Wir sind der Meinung, dass eine solche intransparente, flexible und unverbindliche „Zukunftsstrategie“ nicht glaubwürdig und daher vor allem nicht preiswürdig ist.
3. Einen Hauptgrund für die Nominierung von Unilever sehen Sie in der Vorreiterrolle des Konzerns bei der Förderung des Industrielabels RSPO (Roundtable on Sustainable Palm Oil). Obwohl Sie in Ihrer Erklärung selbst auf die vielen Mängel dieses Labels eingehen und eine Verschärfung der RSPO-Kriterien fordern, halten Sie das Zertifikat für geeignet, die Umweltzerstörungen aufgrund des Anbaus von Ölpalm-Monokulturen

zu verringern. Ein seriöses Nachhaltigkeitslabel muss die Expansion von Ölpalm-Plantagen eindämmen. Das gewährleistet der RSPO nicht! Es ist abwegig anzunehmen, Monokultur-Landwirtschaft, vor allem in den Tropen, könne nachhaltig organisiert werden. Industrialisierte Plantagen sind naturferne Bewirtschaftungsformen, die zum Verlust der Artenvielfalt führen, Böden auslaugen, Wasserressourcen verbrauchen und verschmutzen. Das RSPO-System hält an dieser Bewirtschaftungsform fest und stoppt die Umwandlung von tropischen Wäldern oder von klimatisch wichtigen Torfböden in Ölpalm-Plantagen nicht. Dass Plantagen-Wirtschaft nicht nachhaltig sein kann, schlussfolgerte bereits der Weltagrarbericht der UNO von 2008, an dem 400 WissenschaftlerInnen weltweit mitgearbeitet haben. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, das die Industrielle Landwirtschaft die verfügbaren natürlichen Ressourcen der Erde ausbeutet. Die Industrielle Landwirtschaft benötigt enorme Mengen an fossilen Treibstoffen, Pestiziden und Kunstdünger-Stoffen, die die Umwelt vergiften und nachweislich in hohem Maße gesundheitsgefährdend sind.

Nach sieben Jahren „work-in-progress“ verlangt der RSPO weder einen Verzicht auf hochgiftige Pestizide, noch berücksichtigt er eine effektive Klimabilanzierung oder trägt zum Schutz von Torfböden und Torfwäldern bei. Allein der Schutz von sogenannten Wäldern mit „hohem Schutzwert“ (High Conservation Value Forests, HCVF) ist noch kein effektiver Umweltschutz. „Ökologische Inseln“ in einem Meer aus Ölpalm-Plantagen sind nicht lebensfähig. RSPO-Mitglieder können Palmöl von einer Plantage als „nachhaltig“ zertifizieren lassen und für andere Plantagen Primärwälder roden. Die RSPO-Mechanismen tragen somit weder zum Schutz von Primärwäldern bei, noch verhindern sie eine weitere Expansion der Ölpalm-Plantagen. Das zeigen uns die wiederholten Zerstörungen von Primärwald durch Unilever-Zulieferer. Unilever weiß von diesen Zuständen und nutzt eben nicht als „letztes Mittel den Abbruch der Lieferantenbeziehungen“. Unilever proklamiert soziale und ökologische Verantwortung auf seiner Website, aber handelt nicht entsprechend. Nachhaltigkeit als reine Marketingveranstaltung ohne Bezug zur Realität ist nicht preiswürdig!

4. Sie stellen in Ihrer Stellungnahme zudem richtig fest, dass in den RSPO-Statuten auch Menschenrechte zu wenig berücksichtigt werden. Verbindliche Menschenrechtsstandards, wie das Recht der lokalen Bevölkerung auf Land, Wasser und Ernährungssicherheit sucht man auch nach sieben Jahren „work-in-progress“ vergeblich in den Statuten des RSPO. Obwohl die indonesische Verfassung traditionelle Landrechte anerkennt, werden diese vom RSPO nicht berücksichtigt. Der RSPO macht in seiner Praxis aus Menschen mit Landrechten (Rightholder), Menschen mit berechtigtem Interesse (Stakeholder). Im 16-köpfigen Vorstand des RSPO werden diese Stakeholder mit einem Platz repräsentiert, während die Palmöl-Industrie mit 11 Plätzen vertreten ist. Die Interessen von Kleinbauern und/oder indigenen Gruppen werden somit in diesem von der Industrie dominierten Gremium nicht ausgewogen vertreten.

5. Am Ende Ihres Briefes schreiben Sie noch, dass es nicht mehr zeitgemäß sei, das RSPO-Siegel fundamental als Greenwashing abzutun. Mit 256 Umweltorganisationen weltweit befinden wir uns da in guter Gesellschaft. Vor allem Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen aus den vom Ölpalm-Anbau betroffenen Ländern des globalen Südens lehnen den RSPO als „Greenwashing“ ab. Auch die Wissenschaft sieht den RSPO kritisch. Auf der Konferenz „Nachhaltigkeitsstandards für Agrarrohstoffe – Eine Herausforderung für Wirtschaft und Politik“ vom 26.01.2012 kam Prof. Gernot Klepper vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel in seinem Vortrag zu dem Fazit, dass Klimaschutz nur Waldschutz bedeuten kann. Klepper konstatierte, dass die vielen nebeneinander existierenden freiwilligen Zertifizierungssysteme, darunter RSPO, nur auf Konsumentenbedürfnisse ausgerichtet, aber in der Praxis nicht effektiv sind. Wenn Zertifizierungssysteme funktionieren sollen, so Klepper, dann müssen diese

obligatorisch und einheitlich sein, einen gesellschaftlichen Auftrag umsetzen und von staatlichen oder zivilgesellschaftlichen Stellen objektiv geprüft werden.

Diese Punkte treffen für das RSPO-Siegel nicht zu, da es von der Palmöl-Industrie und dessen wirtschaftlichen Interessen dominiert ist und das Monitoring von RSPO-Mitgliedern selbst durchgeführt wird.

Fazit: Palmöl, für das tropische Ökosysteme zerstört, Böden und Gewässer mit Pestiziden vergiftet und Menschenrechte verletzt werden, ist nicht nachhaltig. Für Konzerne, die die Produktion dieses Palmöls fördern, gilt dasselbe. Ein „Nachhaltigkeitspreis“ für Unilever ist dementsprechend völlig unangebracht und als „Greenwashing“ zu bewerten. Wir fordern die Jury des Deutschen Nachhaltigkeitspreises deshalb noch einmal auf, den Preis in der Kategorie „Zukunftsstrategien“ aus ökologischen und sozialen Gründen nicht an Unilever zu verleihen.

Mit freundlichen Grüßen

David Vollrath
Redakteur, Rettet den Regenwald e.V., Hamburg

Stefanie Hess
Tropenwaldreferentin, Robin Wood e.V., Hamburg



Rettet den Regenwald e.V.
Ansprechpartner:
David Vollrath
Jupiterweg 15
22391 Hamburg
Tel: 040 - 41 03 8044
Fax: 040 - 45 00 144

redaktion@regenwald.org
www.regenwald.org

Robin Wood Pressestelle
Ansprechpartnerin:
Stefanie Hess
Nernstweg 32
22765 Hamburg
Tel: 040 - 380 89 2-18
Fax: 040 - 380 89 2-14

tropenwald@robinwood.de
www.robinwood.de